

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Schritte in die Freiheit.

FRANKREICH/MIGRATION

Freispruch für die Sieben von Briançon

Am 9. September 2021 wurde das Urteil im Revisionsprozess gegen die «Sieben von Briançon»¹ in Grenoble bekanntgegeben. Es lautet auf Freispruch – mit einem Haken.

Zur Erinnerung: Im Dezember 2018 waren fünf Aktivist*innen vom Strafgericht in Gap in erster Instanz zu je sechs Monaten Haft auf Bewährung sowie zwei von ihnen zu zwölf Monaten Gefängnis, davon vier in geschlossenem Vollzug, verurteilt worden. Die Angeklagten hatten im April 2018 an einer antifaschistischen, grenzüberschreitenden Demonstration gegen die Präsenz der rechts-extremen identitären Bewegung in den italienisch-französischen Alpen teilgenommen. Sie hätten – laut Anklage – im Zuge der Kundgebung illegale Migrant*innen nach Frankreich eingeschleust. So waren sie wegen «Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von Ausländern» verurteilt worden. Jetzt wurden sie von diesem Vorwurf vollumfänglich freigesprochen. «Es handelt sich um ein extrem starkes Signal für all jene, die solidarisch und humanitär tätig sind», freut sich Vincent Brengarth, einer der Anwälte, und begrüsst die Entscheidung des Gerichts als «eine sehr schöne Bestätigung der Unabhängigkeit der Justiz in einem sehr

repressiven sicherheitspolitischen Kontext». Doch die Freude der Sieben von Briançon ist getrübt, weil einer der Angeklagten, der wie die anderen vom Vorwurf der «Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von Ausländern» freigesprochen wurde, trotzdem wegen «Rebellion» vier Monate Gefängnis auf Bewährung erhielt.

Hier sind wir nun...

Das Unterstützungskomitee der Sieben von Briançon meldete sich mit folgender Mitteilung nach dem Urteil zu Wort: «Hier sind wir nun, 3 Jahre und 4 Monate später, fast 1240 Tage des Wartens, etwa 40.000 vom Gericht verschlungene Euros, sich anschreien und umarmen... Und wofür das alles? Ein antifaschistischer Marsch, Grenzpolizisten, Richter*innen, ein Präfekt, Befehle, Verhaftungen, Prügel, Inhaftierungen, geflüchtete Menschen und blaue Jacken, die sie verfolgen... Die Alpen, Gebirgspässe, Schnee, Drohnen, Tarnanzüge, weitere Verhaftungen, ein Refu-

gium, eine Mahlzeit, eine Nacht, ein Zug... Lächeln, ein Fussballspiel, Tränen... Ein Telefonanruf, Kontrollen, Schläge, Schreie, gefrorene Füsse, ein Krankenwagen, ein paar Blicke... Eine Nacht, die Menschenjagd, Lampen, Waffen, ein Fluss, ein ertrunkener Körper... Eine Klage und deren Ablehnung, Lügen, zu viele Lügen... Müdigkeit, sehr viel Müdigkeit... zu viel. Hier sind wir also. An diesem 9. September 2021, eine Gerichtsent-scheidung, eine weitere. Nur verschwendete Zeit, nur vergeudete Energie. (...)

Unser Dank geht an die Marodeure (freiwillige Bergretter*innen, Anm. d. Red.), die sich unermüdlich dafür einsetzen, dass es in der Region Briançon Solidarität gibt. Seitdem wir auf das Urteil gewartet haben, sind Hunderte von freiwilligen Helfer*innen an den Pässen und Grenzübergängen unterwegs, damit dort oben niemand stirbt. Denn unsere Berge dürfen nicht zu einem Friedhof werden.

Dieser Winter kündigt sich bereits als sehr schwierig an: Das geschundene Afghanistan treibt Frauen, Männer und Kinder auf den Weg ins Exil. Wir werden unser Bestes tun, um ihnen zur Seite zu stehen. Auch wenn es der Republik nicht gefällt: Wir sind auf der Seite der Solidarität, während sie sich für das Lager der Tragödien und des Todes entschieden hat.

Trotz alledem begrüsst unser Unterstützungskomitee die jetzige gerichtliche Entscheidung, die einen Schlag gegen die repressive Politik gegenüber den solidarischen Helfer*innen darstellt, die in der Gegend von Briançon oder anderswo engagiert sind. Es handelt sich in der Tat um einen politischen Sieg,

denn wir haben nach einem mehr als dreijährigen Rechtsstreit einen generellen Freispruch in Bezug auf das Solidaritätsdelikt erreicht.

Doch trotz dieses Sieges werden wir in den kommenden Wintern wachsam bleiben. Denn die Militarisierung der Grenze wird zu neuen Verfolgungen von Marodeuren und anderen freiwilligen Helfer:innen führen. Dabei ist klar: Wir werden uns weiterhin systematisch juristisch dagegen wehren. (...) Wir erinnern den Staat daran, dass seine Strategie der Spaltung uns nicht daran hindern wird, angesichts der Repression, die einen unserer Mitstreiter trifft, geeint zu bleiben. Mathieu, der am selben Tag wegen Rebellion zu einer viermonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt wurde, war in Wirklichkeit ein Opfer von Polizeigewalt. Er wird alles dafür tun, um die Omerta, welche die staatliche Gewalt

umgibt, zu brechen. Wir erinnern daran, dass ihn 7 Polizisten am 22. April 2018 auf das Schwerste malträtiert hatten (verstauchter Nacken mit zehn Tagen vorübergehender Vollinvalidität nach einem Würgegriff und Schlägen auf der Terrasse eines Cafés) und dass er gegen diese Beamten eine Anzeige eingereicht hat. Die Untersuchung wurde aber erst im Juli 2021 eingeleitet.

Wir möchten all jenen danken, die uns in diesen langen Monaten bei den verschiedenen Mobilisierungen, durch ihre finanzielle Unterstützung und ihre Sympathiebekundungen begleitet haben. (...) Bis bald in diesem Winter!«

Einleitung, Übersetzung: Michael Rössler

1. Siehe: «Antifaschist:innen vor Gericht», Archipel Nr. 305, Juli/August 2021

die Frauen Zugang zu den öffentlichen Strukturen haben werden, dass sie gebraucht werden und dass sie Teil dieser Gesellschaft sind. Das ist es, was sie vorgeben, aber vor Ort sagen die Soldaten etwas anderes.

Die einen sagen, die USA hätten in Afghanistan versagt, die anderen sagen, das sei ihr Ziel gewesen. Was bedeuten die letzten 20 Jahre der US-Besatzung in diesem Land?

Als die USA Afghanistan besetzt haben, erwarteten die Afghan:innen Veränderungen. Aber es ist nichts Wesentliches passiert. Sie wendeten sich der afghanischen Regierung zu und hatten gleichzeitig eine gewisse Verbindung zu den Taliban, in dem Sinne, dass sie keinen Druck auf sie ausüben wollten, selbst wenn sie zeigten, dass sie die Gruppe bekämpften. Die Dorfbewohner:innen begannen sich generell gegen die USA zu wenden, wobei deren Bombardierungen einer der Hauptgründe waren. Zivilist:innen wurden getötet. Die Menschen begannen, den Amerikanern gegenüber Ressentiments zu hegen, was aber nicht bedeutete, dass sie die Taliban wieder an der Macht sehen wollten. Die Menschen hatten die Zeit der Taliban-Kontrolle bereits erlebt und wussten, was sie bedeutete. Seit 15 Jahren ist mein Dorf sozusagen unter ihrer Kontrolle. Mädchen durften nur bis zur sechsten Klasse lernen, nicht darüber hinaus. Die Menschen wussten, dass die Taliban ihnen nichts geben würden. Sie wollten die Unterstützung der Regierung, sie wollten, dass die Regierung stärker wird. Sie glaubten an dieses kleine Stückchen Demokratie, das die Regierung anbot.

Wir fordern die USA nicht auf zu bleiben. Wir wollen die Besetzung nicht. Das Problem ist die Art und Weise, wie sie gegangen sind, das Vakuum, das sie hinterlassen haben. Sie haben die Afghan:innen buchstäblich in die Höhle des Löwen geworfen. Das ist es, was die Amerikaner tun: Sie nehmen sich, was sie wollen, und lassen dich dort zurück. Im Moment herrscht in Afghanistan eine schreckliche Panik. Es geht nicht darum, dass die Menschen die Amerikaner vermissen. Die Menschen wollen eine demokratische Regierung mit Vertreter:innen und Wahlen, ein Land in dem die Frauen Rechte haben. Selbst nach 20 Jahren der Besatzung haben die USA nichts unternommen. Sie wollten nur vor dem Rest der Welt angeben.

Die Afghan:innen hatten ein Parlament und die Mädchen gingen zur Schule: Das ist das einzige Bild, das die USA der Welt zeigen wollten. Es sind aber die afghanischen Familien, die dafür Anerkennung erhalten sollten. Sie sind diejenigen, die ihre Töchter zur Schule und zur Universität schickten und erreichten, dass sie arbeiten

durften. Dabei hat es in dieser Zeit Entführungen und Selbstmordattentate gegeben, bei denen Frauen die Zielscheibe waren. Damals hat die Bevölkerung für ihre eigene Sicherheit sorgen müssen, nicht die Vereinigten Staaten oder die Marionettenregierung – die haben uns nicht geholfen. Jetzt ist die Bevölkerung sehr wütend, vor allem die Frauen. Sie sind der Meinung, dass die Amerikaner das Land ordnungsgemäss und auf dem richtigen Weg hätten verlassen müssen. Die Menschen haben

FEMINISMUS/AFGHANISTAN

Schlag gegen die Frauen

Durch die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat sich die Situation der Frauen und Mädchen noch mehr verschlimmert. Die Rechte, für die sie während zwei Jahrzehnten gekämpft haben, werden mit einem Schlag niedergemacht. Hier die Einschätzung einer afghanischen Frauenrechtsaktivistin, die im Exil in Europa lebt.*

Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation in Afghanistan?

Die Situation in meinem Land ist ein Albtraum für die Menschen, insbesondere für die Frauen. Alles brach in wenigen Stunden zusammen: die hart errungenen Rechte der Frauen, die für mehr Sichtbarkeit und Mitspracherecht im öffentlichen Leben zu kämpfen begonnen hatten, indem sie sich in staatliche Einrichtungen integrierten und Zugang zu Universitäten und Schulen erhielten. Sie gewannen allmählich Vertrauen in die Demokratie und in die Möglichkeit, Rechte zu haben und an eine bessere Zukunft zu denken.

Die Situation ist entsetzlich. Heute lebe ich im Westen, in Europa, und ich kann mir nur vorstellen, wie die Frauen in meinem Land leben. Leider können meine Familienmitglieder, die an der Universität studiert haben, ihr Studium im Moment nicht fortsetzen. Obwohl die Taliban angekündigt haben, dass es keine Einschränkungen geben werde, glaubt ihnen niemand, weil wir wissen, was sie vor 20 Jahren getan haben. Die Verbrechen, die sie in dieser Zeit begangen haben, sind noch immer im Gedächtnis der Menschen.

Die Menschen sagen, sie wüssten nicht, was sie von der Zukunft zu erwarten hätten. Jeder hat Angst, zur Zielscheibe zu werden. Jeder leidet darunter, aber Frauen sind immer das

leichteste Ziel. Die Menschen haben Angst, zur Arbeit zu gehen und auf dem Heimweg verfolgt zu werden, und fürchten, dass ihren Familien etwas zustösst. Die Stille in Kabul ist erschreckend. Man hört niemanden, nicht einmal spielende Kinder auf der Strasse.

Kabul ist das Herz Afghanistans, und die meisten der Kämpfer lebten dort. Einige der Journalist:innen sind heute wieder an die Arbeit gegangen. Ich habe Videos aus Kabul gesehen, die zeigen, dass einige der Moderatorinnen bei privaten Fernsehsendern aufgetreten sind. Gleichzeitig haben die Menschen kein Vertrauen in die Situation. Das könnte sich nach dem 31. August ändern, dem letzten Tag, an dem die Amerikaner das Land evakuieren müssen.

Im Moment zeigen sich die Taliban wohl noch von einer gemässigten Seite, aber sobald sie die Regierung bilden, werden sich die Dinge ändern. Es gibt ein Video, in dem ein Taliban-Soldat speziell zu Frauen befragt wird, und er antwortet, dass sie «festlegen wollen, was die Scharia¹ für Frauen vorsieht», wobei er betont, dass die Kleiderordnung der Scharia befolgt werden muss. Er liess durchblicken, dass er meint, Frauen sollten zu Hause bleiben. Andererseits sagen ihre Führer, dass

« Es sind aber die afghanischen Familien, die Anerkennung erhalten sollten. »

o

die Amerikaner nicht gebeten zu kommen. Bin Laden wurde in Pakistan getötet, nicht hier. Sie kamen, und jetzt lassen sie uns wieder mit einer mittelalterlichen Gruppe zurück, die das Land weiterhin beherrschen wird.

Was bedeutet dies für den regionalen und internationalen Kontext?

Im Moment sind alle verwirrt, auch die Taliban. Sie haben kein Programm, sie wissen nicht, wie sie eine Regierung bilden sollen. Das ist für alle ein bisschen verwirrend. Nun hat China erklärt, dass es die Taliban anerkennen wird, und die Türkei hat bereits ihre Unterstützung zugesagt. Dies verleiht ihnen Legitimität. In den letzten 20 Jahren haben sich die Dinge sehr verändert, was das Bewusstsein der Frauen für ihre Rechte und ihren Zugang zu den Medien und zum Internet angeht. Die Taliban zeigen sich im Moment von ihrer gemässigten Seite, um zumindest in den Ländern der Region eine gewisse Anerkennung zu finden. Es ist eine verwirrende Zeit, aber wir werden sie nach dem 31. August besser verstehen. Es kam alles sehr plötzlich.

Was ist das mögliche Ergebnis in Afghanistan und wie kann die internationale Unterstützung angesichts der wachsenden Zahl von Afghan-inn-en, die zu Geflüchteten werden, aussehen?

Als der Rest des Landes in die Hände der Taliban fiel, flohen die Menschen Provinz für Provinz nach Kabul. Innerhalb von drei oder vier Tagen flohen über 20.000 Menschen in die Hauptstadt. Als die Taliban in Kabul ankamen, versuchten die Menschen, Afghanistan zu verlassen. Das ist eines der Dinge, die der Welt gezeigt werden müssen: Die Menschen unterstützen die Taliban nicht; sie wollen das Land um jeden Preis verlassen. Die drei Menschen,

die bei dem Versuch, sich in dem startenden Flugzeug zu verstecken, ums Leben kamen... diese schreckliche Episode zeigt, wie sehr die Menschen weg wollen.

Die Gegend um den Flughafen von Kabul ist überfüllt, weil die Menschen denken, sie könnten das Land verlassen. Die Vereinten Nationen selbst haben an die Nachbarländer appelliert, den Flüchtlingen die Einreise zu ermöglichen. Die Menschen wollen nicht unter der Kontrolle der Taliban leben, weil sie nicht wissen, wie die Zukunft für ihre Kinder aussehen wird.

Im Idealfall haben sich die Taliban wirklich geändert und erlauben den Frauen zu arbeiten, die Universität zu besuchen, und behindern nicht die Ausbildung der Mädchen. Aber wir haben Beispiele aus Ländern wie Iran und Saudi-Arabien, in denen Frauen unterdrückt und zu leichten Zielscheiben geworden sind. Intellektuelle haben keine Freiheit zu arbeiten, Menschen, die die Menschenrechte verteidigen, können nicht handeln. Die Taliban werden nicht zurückweichen. Das ist bedauerlich, denn viele Menschen hatten begonnen, ein Leben zu führen. Wenn man in seinem Dorf ein Stück Land hatte, wusste man, dass man es für sich selbst nutzen konnte. Die Menschen in Kabul begannen, ihre eigenen Häuser zu haben. Vor einigen Jahren wollten die Afghan-inne-en ebenfalls das Land verlassen, allerdings nicht so viele. Damals ging es um die gezielten Morde an der Hazara-Bevölkerung², die durch die Armut verursacht wurden. In den kommenden Monaten werden wir über Millionen von Menschen sprechen, die flüchten möchten.

Welche internationalen Solidaritätsaktionen können soziale und feministische Bewegungen in dieser Zeit durchführen?

Die grösste Unterstützung besteht darin, der Stimme des afghanischen Volkes und der

afghanischen Frauen Gehör zu verschaffen. Dies ist die grösste Aktion der Solidarität, Unterstützung und Hilfe, die das afghanische Volk erhalten kann. Vergessen Sie unser Land nicht. Heute sind wir in den Nachrichten, aber in ein paar Wochen, wenn die Taliban die Regierung verkünden, wird sich die Lage beruhigen und niemand wird sich mehr fragen, was in dem Land vor sich geht. Sobald das Thema aus den Schlagzeilen verschwunden ist, wird die harte Arbeit beginnen. Zu diesem Zeitpunkt werden unsere Frauen ihre internationalen Begleiter-innen brauchen, um sich Gehör zu verschaffen.

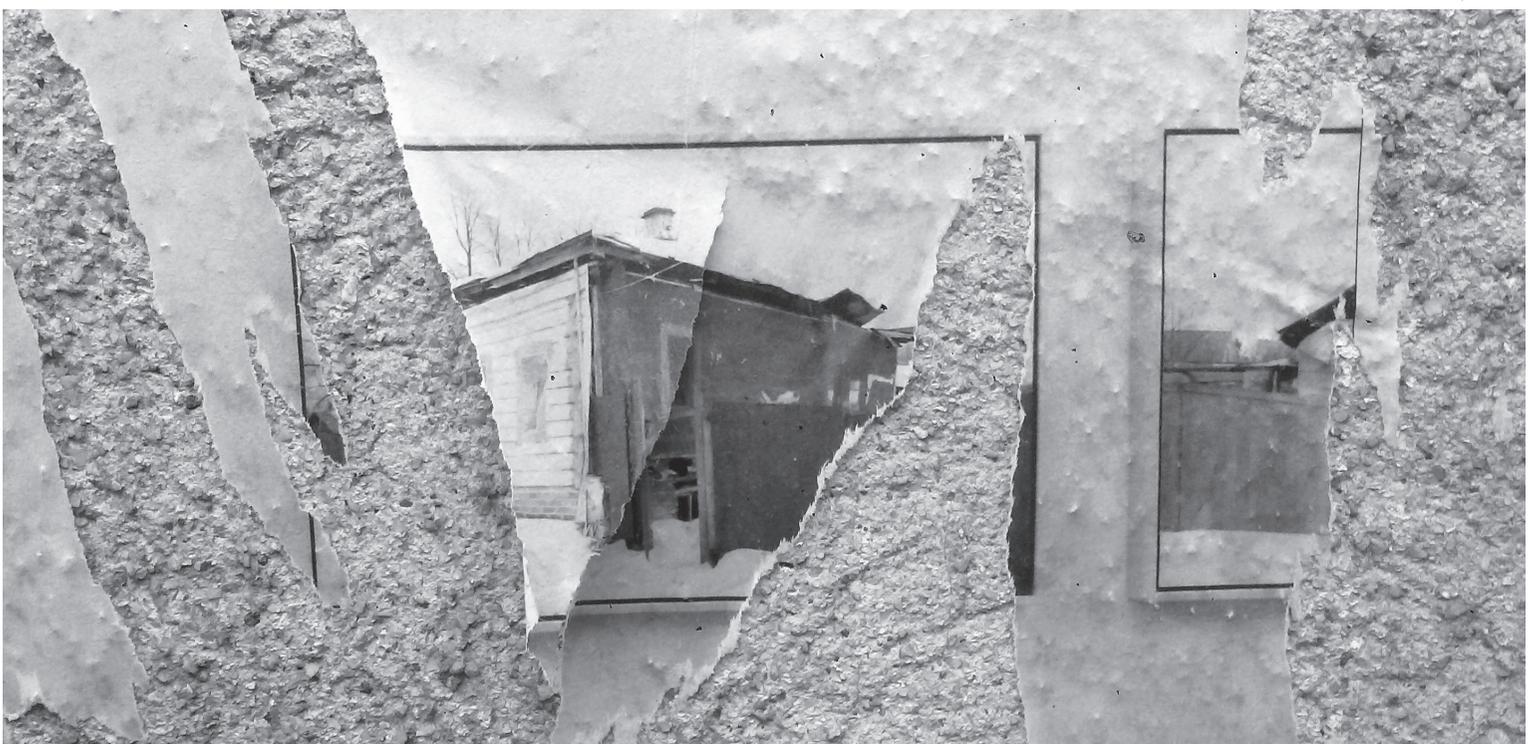
Ich befürchte, dass das Internet irgendwann abgeschaltet wird. Dies kann geschehen, weil die Taliban möglicherweise nicht wollen, dass Beweise für ihre Verbrechen veröffentlicht werden. Dann sollten diese Stimmen in alle Ecken der Welt gelangen, damit die afghanischen Frauen nicht allein gelassen werden. Es gibt Leute, die sagen, wenn das, was passiert, friedlich ist, wie die Taliban behaupten, gibt es kein Problem. Aber nein, es ist nicht in Ordnung. Ein Friedhof kann auch friedlich sein. Wir wollen nicht, dass unser Land zu einem Friedhof wird.

* Interview von Bianca Pessoa und Tica Moreno vom 20. August 2021, bearbeitet von Helena Zelic und übersetzt von Constanze Warta. Originalartikel auf: <https://capiremov.org/fr/entrevue/entretien-queles-sont-les-enjeux-pour-la-vie-des-femmes-en-afghanistan/>

1. Die Scharia ist das islamische Recht, das sich auf den Koran und den Hadith, die ergänzenden Texte dieses Glaubens, stützt. Sie wurde in mehreren Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit übernommen.

2. Die Hazara, welche überwiegend schiitische Muslime sind, waren einst eine der grössten ethnischen Gruppen in Afghanistan und stellten rund 67 Prozent der Bevölkerung des Landes. Man schätzt, dass mehr als die Hälfte dieser Gemeinschaft im späten 19. Jahrhundert massakriert wurde und sie bis heute eines der grössten Angriffsziele der Taliban ist.

Foto: Ute Müller, 2019



Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

20 Jahre Kirchenasyl

Nachdem papierlose Ausländer·innen zuerst in der französischsprachigen Schweiz aus dem Schatten getreten waren¹, folgten Bern und Basel. Am 21. Oktober 2001 besetzten Sans-Papiers gemeinsam mit Aktivist·inn·en die Kirche St. Anton in Basel.

Danach folgten weitere Initiativen auch in anderen Schweizer Städten, so dass nicht mehr totgeschwiegen werden konnte, dass Tausende von Menschen in der Schweiz leben und arbeiten, obwohl sie ihren Aufenthaltsstatus entweder verloren oder einen solchen nie bekommen haben. Diese Menschen verrichten zum grossen Teil die Arbeiten, welche kein Schweizer und keine Schweizerin mehr machen würde, und sind oft Opfer von Ausbeutung.

Komi Aimé Ofounou aus Togo, der damals im Kirchenasyl von St. Anton war, erzählt: «Zu Beginn waren wir 15 bis 20 Sans-Papiers in der Kirche. Aus Kosovo, aus Chile und Bolivien, aus Syrien, aus der Türkei und aus Kurdistan. Später kamen weitere dazu. Es gab verschiedene Wellen, denn es wurde langsam bekannt, was wir machten. Einige sind aber bald wieder gegangen, weil sie keine schnellen Resultate sahen. Auch viele Einheimische lebten mit uns zusammen – zu unserem Schutz. Es gab auch viele Ältere, die tagsüber aus Solidarität bei uns blieben.»

Auch der aus Bulgarien stammende Krasimir Penev, der im Kanton Solothurn als Landarbeiter angestellt war, spricht über diese Zeit: «Das Wichtigste für mich war zu erfahren, dass ich nicht alleine bin. Es gab so viele Leute in der gleichen, illegalisierten Situation. Zusammen konnten wir überlegen, wie wir vorgehen wollten und fanden dabei viel Unterstützung. Ich erlebte diese grosse Solidarität auch ganz persönlich. Eine sehr nette Frau kaufte für mich Medikamente. Denn obwohl ich einen Leistenbruch hatte, arbeitete ich jahrelang bei einem

Bauern und durfte keinen Arzt aufsuchen. So oft ich konnte, kam ich nach Basel in die Antoniuskirche und an die Demonstrationen. Ich fühlte mich gut in dieser freundschaftlichen Atmosphäre.»

Unvergessliche Momente

Jaqueline Estrada aus Ecuador war eine der ersten Sans-Papiers, die an den Sitzungen der Basler Aktivist·inn·en teilnahm, an denen gemeinsame Aktionen geplant wurden. Danach folgte ihr Mann Julio. Sie zogen gemeinsam mit ihren vier Kindern in die Kirche ein. Die Töchter Liliana und Cristina berichten: «Eines Tages brachte uns eine Frau Spielsachen. Ich war erstaunt, dass fremde Menschen so gutherzig sein können und etwas mit anderen teilen, die sie gar nicht kennen. Dieses Erlebnis hat mich für mein ganzes Leben geprägt: Alle Menschen haben eine gute Seite. Auch in den Versammlungen, die regelmässig stattfanden und denen wir von weitem zuhörten, habe ich das gespürt. Wir hatten von klein auf gelernt, misstrauisch zu sein und haben zum Glück durch diese Solidarität wieder Vertrauen gefasst.»

Auch für viele der Schweizer Unterstützer·innen ist das Kirchenasyl in Basel unvergesslich. Daisy Reck ist stellvertretend dafür: «Mir, die ich in jener Zeit um meinen verstorbenen Mann trauerte und nach einem neuen Lebensinhalt suchte, verhalf die Begegnung mit den Sans-Papiers zu einem grossen Geschenk: Ein Mitglied der Gruppe gewann mein Vertrauen, ich konnte in Kontakt zu seiner zu Hause zurückgebliebenen



Familie treten, ich konnte sie in die Schweiz holen helfen, ich konnte ihr die Annäherung zu unserem Land erleichtern und ich konnte ihr schliesslich zu unserem Bürgerrecht verhelfen. Heute bin ich ein selbstverständlicher Teil dieser Familie und habe damit ein im Alter wichtiges Gefühl der Geborgenheit erworben.»

Nach einem monate- oder sogar jahrelangen nervenaufreibenden Hin- und Her mit den Behörden konnten nach und nach alle Sans-Papiers, die im Kirchenasyl in Basel für ihre Rechte gekämpft hatten, legalisiert werden. Doch leider sind wir auch nach 20 Jahren noch weit von einer kollektiven Regularisierung der Sans-Papiers in der Schweiz entfernt. Es gibt noch viel zu tun! Immerhin sind aus dem Kirchenasyl von St. Anton viele neue Beziehungen und Netzwerke entstanden, darunter die Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel und die Union der Arbeiter·innen ohne geregelten Aufenthalt.

Michael Rössler,
Freundeskreis Familie Estrada

Quelle: «Stimme der Sans-Papiers» zum 20-jährigen Jubiläum der Kirchenbesetzung in Basel, Nr. 53, Mai 2021. Zu bestellen bei: Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel, Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, CH-4058 Basel, basel@sans-papiers.ch, Tel. ++41 61 681 56 10. Die «Stimme der Sans-Papiers» finden Sie auch unter: www.sans-papiers.ch.

1. Ab April 2001: Kirchenasyl von Bellevaux in Lausanne, ab Juni 2001: St-Paul in Fribourg,

Moderne Sklaverei

Leihfirma verurteilt

Das Strafgericht von Marseille verurteilte am 8. Juli 2021 Terra Fecundis, eine spanische Firma, die im Süden Frankreichs Tausende von Migrant·inn·en aus Afrika und Lateinamerika als Landarbeiter·innen an industrielle Landwirtschaftsbetriebe verschachert. Zum ersten Mal hat ein Gericht diese geläufigen Praktiken verurteilt. Es verlangt die höchstmöglichen Geldbussen (500.000 €), bedingte Gefängnisstrafen für die modernen Sklavenhändler und die definitive Auflösung des Unternehmens. Das Gericht nahm während einer Woche das zwielichtige Tun dieser Firma unter die Lupe: miserable Wohnbedingungen für die Leiharbeiter·innen, Unterschlagung der staatlichen Sozialkosten in Millionenhöhe, exemplarische Bestrafung von rebellischen Arbeiter·inne_n, um Angst und Schrecken zu verbreiten; Nichteinhaltung von obligatorischen Leistungen (Bezahlung von Überstunden, Respektierung von Pausen, Pflege von kranken Arbeiter·inne_n). Der Richter ging mehrere Male über das geforderte Strafmass der Staatsanwaltschaft hinaus: ein Hoffnungsschimmer für die ausgebeuteten Landarbeiter·innen in der industriellen Landwirtschaft Südfrankreichs. Allerdings ist dieses Urteil noch nicht rechtskräftig; Die Anwälte der verurteilten Firma legten Berufung ein. Die Informations- und Aufklärungsarbeit dieses seit Jahren dauernden Skandals muss weitergehen. Die Justiz darf sich dem grossen wirtschaftlichen Druck auch in zweiter Instanz nicht beugen!

*Collectif de Défense des Travailleurs Saisonniers: Kollektiv zur Verteidigung der migrantischen Arbeiter·innen in der Landwirtschaft (in den Bouches-du-Rhône). Weitergehende Informationen auf Französisch unter: www.codetras.com. Siehe auch Archipel 295, September 2020: «Die Verdammten dieser Erde»

Peter Gerber,
CODETRAS*

Privilegien abschaffen

Diesen Sommer am 4. August¹ organisierten wir zusammen mit dem freien Radiosender Zinzine in Südfrankreich eine Reihe von Diskussionen über Privilegien gestern und heute, wie diese definieren und neu definieren, wie ihre tatsächliche Abschaffung vorantreiben. Dazu sprachen wir mit Eléonore Lépinard, die gemeinsam mit Sarah Mazouz das Buch «Pour l'intersectionnalité»² veröffentlicht hat.

Archipel (A): In Ihrem Buch thematisieren Sie das «weisse Privileg». Über diesen neuen Ausdruck im soziologischen und politischen Vokabular wird viel debattiert und er löst Proteste aus. Auf jeden Fall ist er sehr lebendig.

Eléonore Lépinard (EL): Ja, unbedingt. Ihre Aussage trifft vor allem für die frankophone Welt zu. Aber in den USA verdanken wir die Wiederkehr oder das Erscheinen des Begriffs «weisses Privileg» in der öffentlichen Debatte seit 2014 mit der «Black lives matter»-Bewegung. Der Begriff selbst ist allerdings viel älter. Seit 20 bis 30 Jahren bereits wird in der akademischen Welt von «weissem Privileg» gesprochen. Die Autorin Peggy McIntosh wird dabei oft zitiert. Sie ist eine der ersten, die die Frage des Weissseins, dieser rassistischen Identität der Mehrheitspersonen, in der Form des Privilegs formulierte. In einem Text von 1989, also vor einigen Jahren schon, verwendet sie die Metapher des «unsichtbaren Rucksacks»³. Sie sagt, weiss sein ist das Besitzen eines unsichtbaren Rucksacks, der angefüllt ist mit Ressourcen, Möglichkeiten und Freiheiten. Ein ganzes Paket von Besitztümern, für die wir uns nicht durchkämpfen mussten, mit dem wir ausgestattet sind, ohne es zu merken, aber der uns den Zugang zu vielen Dingen erlaubt, zu denen nicht-weiße Menschen keinen Zugang haben.

A: Etwas, dessen wir uns nicht immer bewusst sind, selbst wenn oft von der weissen Dominanz in der Welt gesprochen wird. Wir erkennen sie nicht unbedingt in unseren Gesellschaften, vor allem nicht in den Vorstellungen von Leuten, die sich sozial und politisch eher links verorten und die von sich sagen «aber nein, ich bin nicht rassistisch».

EL: Ja, genau. Der Begriff des weissen Privilegs oder weiter gefasst das Konzept von Weisssein, das in den Sozialwissenschaften benutzt wird, dient genau dazu, einen Versuch zu unternehmen, diese Identität zu bezeichnen und was sie impliziert, ihre Besonderheit, nämlich dass sie für ihre Besitzer_innen unsichtbar ist. Er ist nicht gemacht, um Voreingenommenheit oder bewusste negative Vorurteile zu bezeichnen. Er ist dafür gemacht, etwas Anderes zu bezeichnen, das sozial konstruiert ist und das besessen wird, ohne dass es bewusst ist. Es ist also eine einerseits unsichtbare Dimension, wie es die Metapher

des unsichtbaren Rucksacks ausdrückt, und zugleich eine passive. Wir machen nämlich nichts, um diese Privilegien zu haben. Das ist das Besondere dieses Privilegs, dass es besessen werden kann, ohne etwas dafür zu tun. Es gibt also eine Form von Passivität im Besitzen dieser Vorteile und Privilegien, die diese vor unseren eigenen Augen unsichtbar



macht – natürlich nur sofern wir selbst Teil dieser Mehrheitsgruppe sind. Deshalb ist dieses Privileg auch so schwer zu dekonstruieren; schon allein es aufzuzeigen, konfrontiert uns oft mit Widerstand, denn sobald versucht wird, dieses Phänomen zu erklären, wird typischerweise geantwortet: «Ich bin nicht rassistisch, ich bin Antirassist-in, was soll das denn alles, nein, nein, nein.» Tatsächlich geht es überhaupt nicht darum, bewusste Rassismen zu erklären oder zu bezeichnen. Es ist nicht dasselbe, sich Rassismus bewusst zu machen oder ihm als ideologischem Rahmen beizupflichten.

Allerdings versuchen wir zum Beispiel auf die Tatsache hinzuweisen, dass eine weiße Person nicht so schnell von der Polizei verhaftet wird. Wir haben eine Bewegungsfreiheit, wir haben einen viel leichteren Arbeitsmarktzugang. Wir haben auch die Freiheit zu sprechen, ohne unterbrochen zu werden, vor allem wenn wir ein weisser Mann sind, mehr noch als eine weiße Frau. Das ist ein ganzes Bündel von Sachen, die Selbstverständlichkeiten sind, sofern mensch weiss ist, und die nichts Selbstverständliches an sich haben, wenn mensch es nicht ist. Darum geht es. Das wollen wir aufzeigen. Natürlich meint das auch, dass weiße Personen sich meistens als Norm in unseren Gesellschaften denken. Sie sind Teil der Mehrheitsgruppe. Es geht auch

um diese Fähigkeit, sich selbst als die Norm und als das Gute vorzustellen, sich unter dem Deckmantel des Universellen zu sehen, immer die eigene Position zu generalisieren, den eigenen Blickwinkel, die eigenen Forderungen.

A: Aber es kann ja auch sein, dass wir ein «kleiner Weisser» sind, wie das so genannt wird, und in einer sozial niedrigeren Position sind als zum Beispiel einige schwarze leitende Angestellte, denen wir begegnen. An genau diesem Punkt kommt Intersektionalität, an deren Definition Sie sich beteiligen, als Werkzeug ins Spiel.

EL: Ja, richtig. Ebenso wie nicht alle weissen Männer und Frauen gleich sind, sind auch alle schwarzen Männer und Frauen nicht sozial gleich. Es braucht einen Moment, um sich dieser Komplexität bewusst zu werden. Tatsächlich ist eine weiße Person aus einem unteren Milieu relativ bevorteilt gegenüber einer nicht-weißen Person aus demselben Milieu. Im Gegensatz dazu aber wird die Situation anders sein

in Bezug auf eine nicht-weiße Person, die aus einem privilegierten Milieu kommt. Aber das ist keine einfache Anhäufung. Wir können nicht sagen, dass eine weiße Person aus der Unterschicht, oder ein «kleiner Weisser», wie Sie das genannt haben, mit Sicherheit schlechter wohnt

als eine rassifizierte Person, die leitende-r Angestellte-r in einer Firma ist. Das ist keine reine Anhäufung, denn wer wird wohl in der Metro verhaftet werden? Wer wird nach den Papieren gefragt? Oder wer wird ein Bussgeld wegen einer oft begangenen Ordnungswidrigkeit erhalten? Das kann trotzdem die schwarze Person sein, selbst wenn sie leitende-r Angestellte-r ist. Und andererseits, wenn wir die Einkommen betrachten, wer wird da wie positioniert sein beim Zugang zu bestimmten Gütern, wer wird seine Position verteidigen können? Da, ja, da kann es die Person sein, die in leitender Funktion arbeitet.

Wir können also nicht einfach addieren, denn die Frage der weissen Identität bestimmt die Beziehung, die wir zum Staat und den Ordnungskräften haben. Genau deshalb ist das Thema ja im Zuge der «Black lives matter»-Bewegung aufgekommen. Die Frage nach der staatlichen Gewalt und wie sehr wir davon Opfer sind, der Risiken, die wir haben, in den Händen des Staates zu sterben, zum Beispiel, ganz sicher wird dieses Risiko kleiner sein, wenn wir zur Oberschicht gehören, aber sie werden bedeutend bleiben, wenn wir nicht weiss sind, und das gilt für die europäischen Gesellschaften ebenso wie für die USA, Lateinamerika, etc.

Die Intersektionalität lädt uns ein, wirklich komplexer zu werden: Die sich überschnei-

« Menschen werden durch soziale Machtbeziehungen festgelegt. »

denden sozialen Beziehungen machen, dass wir uns in einer privilegierteren oder relativ unvoreilhaftigen Position befinden, aber immer in Bezug auf bestimmte Herausforderungen oder bestimmte soziale Interaktionen und nicht jederzeit und immer.

A: Wir sehen, dass das wichtig ist. Es verhilft zu einem besseren Verständnis darüber, wie sich unsere Gesellschaften entwickeln. Allerdings ist es ein Konzept, das mit mehr oder weniger gutem Willen diskutiert wird, das umstritten ist und natürlich ebenso auch manchmal attackiert wird, eben auch in Ihrem Fachgebiet, den Sozialwissenschaften. Zum Beispiel im ziemlich neuen Buch von Stéphane Beaud und Gérard Noiriel: «Race et sciences sociales. Essai sur les usages publics d'une catégorie»⁴ [dt. «Rasse und Sozialwissenschaften. Essay über die allgemeinen Nutzungen einer Kategorie»], das den identitätspolitischen Aspekt dieses Blickwinkels unterstreicht oder quasi ausschliesslich diesen Aspekt betrachtet.

EL: Tatsächlich ist das eine Kritik, die wir oft hören. Wir diskutieren sie übrigens auch im kleinen Buch «Pour l'intersectionnalité» mit Sarah Mazouz. Genauer gesagt, beginnen wir unter anderem genau dort. Diese Kritik ist nicht gut fundiert, weil beispielsweise eine der Pionierinnen oder zumindest eine der Theoretikerinnen, die die Frage nach der komplexen Überlagerung von verschiedenen

Machtbeziehungen sehr voran getrieben hat, Angela Davis ist. Sie hat das Buch «Women, Race & Class»⁵ geschrieben. Unter den Begründerinnen dieser Analyse-Strömung in den Sozialwissenschaften gibt es viele marxistische schwarze Feministinnen, für die zum Beispiel Klasse ein sehr wichtiges Konzept ist. Wir reden ja nicht von Identität, weil wir von Rasse reden. Das ist lustig, denn wenn von Klasse gesprochen wird, wird anscheinend nicht von Identität gesprochen. Tatsächlich wird niemandem in den Sozialwissenschaften Essenzialismus vorgeworfen, wenn sie oder er sich mit der Soziologie der sozialen Klassen befasst. Obgleich solche Soziologie sehr essentialisierend betrieben werden kann, indem Menschen immer wieder auf diese Identität festgelegt werden, als sei sie eine Essenz, aus der sie sich nicht befreien können.⁶ Durchaus lässt sich über Rasse sprechen, ohne zu essentialisieren. Wir können über Rasse als soziale Beziehung sprechen, weil es genau das ist, eine soziale Beziehung. Es geht nicht darum, die Menschen festzulegen. Im Gegenteil. Die Menschen werden durch soziale Machtbeziehungen festgelegt. Es geht darum, aufzuzeigen, wie diese Zuschreibungen funktionieren und wie Menschen versuchen, ihnen zu entkommen. Es ist genau das Gegenteil davon, Menschen auf ihre Identität reduzieren zu wollen.

Das Interview realisierte Alex Robin für Radio Zinzine und Archipel

1. In der Nacht vom 4. August 1789, im Zuge der Französischen Revolution, stimmte die verfassungsgebende Nationalversammlung für die Abschaffung der feudalen Privilegien.
2. [dt. «Für die Intersektionalität»] <https://anamosa.fr/livre/pour-linterseccionnalite>. Eléonore Lépinard ist Soziologin und Professorin für Gender Studies an der Universität Lausanne. Sarah Mazouz ist Soziologin, forscht am CNRS (Ceraps) und ist Mitglied des «Institut Convergences Migrations». Beide sind Autorinnen von zahlreichen Veröffentlichungen.
3. In White Privilege: Unpacking the Invisible Knapsack https://psychology.umbc.edu/files/2016/10/White-Privilege_McIntosh-1989.pdf
4. Agone, in der Reihe «Epreuves sociales» [dt. «Soziale Bewährungsproben»], 2021.
5. Erstaussage: Vintage Books, New York 1981. Deutsche Ausgabe: «Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA.» Elefant Press, Berlin 1982.
6. Essentialisierung ist die Festschreibung des anderen auf seine Andersartigkeit bzw. des Eigenen auf seine ursprüngliche Wesenheit (Essenz).



RUMÄNIEN

Proteste gegen Waldraub

Rumänien verfügt über den grössten Anteil an noch verbleibenden Urwäldern in Europa. Doch die Wälder sind zunehmend von ihrer Zerstörung bedroht, da internationale Unternehmen sie illegal abholzen. Doch es gibt Widerstand.

So sehen sich die einheimischen Forstbauern und -bäuerinnen ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die rumänische Bevölkerung wehrt sich gegen diese Gräueltaten vor allem in Form von Sichtbarmachung ihrer Probleme durch Protestaktionen.

Wälder sind nicht nur Hotspots der Biodiversität und dienen als wichtiger Kohlenstoffspeicher, die Zerstörungen dieser haben auch enorme sozial- und politökologische Folgen. So werden viele Menschen durch grosse Holzfäller-Konzerne, oft in Zusammenarbeit

mit der rumänischen Politik, bedroht, enteignet oder vertrieben. Die Forstwirtschaft spielt dabei in der rumänischen Politik und Wirtschaft eine besondere Rolle, da Holz in den ruralen Gebieten als die wichtigste und vor allem wertvollste Ressource gilt. Die dadurch entstehenden vielfältigen Interessen der Beteiligten knüpfen wiederum viel Macht und Kapital an die Forstwirtschaft. Hinter den Rodungen steckt ein grosses Netz an korrupten, mafiosen und klientelistischen Systemen, wobei hier vor allem die Verstrickung

der lokalen beziehungsweise nationalen Politik mit der Forstwirtschaft und dem Walddraub zu betonen ist. So sind die Waldbesitzer-innen, die Betreiber-innen der Holzfällerunternehmen oder die Sägewerksbesitzer-innen oftmals (Lokal-)Politiker-innen oder direkte Vertraute, die sich ein breites Netzwerk aufgebaut haben und durch den illegalen Holzeinschlag grosse Summen an Geld und Macht sichern. Die rumänische Forstwirtschaft wird daher von Beobachter-inne-n als Schattenstaat bezeichnet, weil sich in den Konflikten rund um den Wald die Interessen der Politik widerspiegeln und sich die politischen Gegebenheiten beziehungsweise Probleme in den Wald einschreiben (Vasile 2019: 155 f.).

Rumäniens Wälder werden somit zum politischen Wald, da sie ein polit-ökologischer Schauplatz von Regierungen und konflikthaf-

ten Regime sind, indem bestehende Machtverhältnisse und -kämpfe auf politischer und sozialer Ebene in die Natur übertragen und demnach Kräfteverhältnisse und Streitigkeiten in den Wald projiziert werden (Vandergeest und Peluso 2015:173). Zentral dabei ist, wer Zugang zu Land und Ressourcen hat, wer sich derer bemächtigt und wer dies mit kriminellen Mitteln durchsetzen kann.

Wachsender Widerstand

Die betroffene Lokalbevölkerung lässt die Ungerechtigkeiten jedoch nicht tatenlos über sich ergehen und bringt zunehmend ihre Unzufriedenheit mittels Protestaktionen zum Ausdruck. Dabei fallen vor allem Protestaktionen von verschiedensten NGOs ins Auge, die grösstenteils mit Bannern auf die Problematik aufmerksam machen und zur Doku-

mentation der Kahlschläge beitragen, wobei hier die kleinen Bewegungen auf lokaler Ebene auch zu grossen nationalen Protesten führen können. Das Ziel ist, neben der Bewusstseinsbildung in Rumänien, vor allem auf transnationaler und internationaler Ebene auf die Problematik aufmerksam zu machen. Gerade den postsozialistischen Gesellschaften im (süd-)östlichen Europa wird eine Politikverdrossenheit, ein politisches Desinteresse und geringe politische Partizipation zugesprochen. Oft wirkt es in der Region so, als seien vor allem internationale Organisationen wie «Greenpeace» tätig, die ohne dem Miteinbeziehen der lokalen Bevölkerung den illegalen Holzraub bekämpfen wollen. Doch das ist nur bedingt auf das rumänische Beispiel umzulegen. Hier sind es oftmals kleine Graswurzel-Bewegungen, die in Zusammenarbeit mit Umwelt-NGOs wie «Robin Wood» oder «Euronatur», Betroffene bestärken, aktiv zu werden. Diese Strategie hat sich als erprobt erwiesen, um über die individuelle Betroffenheit auf nationaler Ebene ein Problembewusstsein zu schaffen.

Neben vielen kleinen Protesten kam es vor allem 2017 zu grossen landesweiten Protesten, als die damals neu gewählte PSD-Regierung ein Gesetz erlassen wollte, das Korruption und Amtsmissbrauch bis zu einem gewissen Grad legalisiert hätte. Durch dieses Vorhaben gründete sich eine grosse Gegenbewegung, die in Bukarest gegen Korruption und Vetternwirtschaft und für eine aktivere Zivilgesellschaft und eine partizipative Demokratie protestierte. Die Forderungen betrafen, neben den demokratiepolitischen Anliegen, aber auch den illegalen Holzeinschlag, da der Schutz der Wäl-

der nur mit einem funktionierenden Rechtssystem möglich ist und die Entwicklungen in den rumänischen Wäldern, wie bereits erwähnt, stark von korrupten Ausprägungen gekennzeichnet sind.

Klimagerechtigkeit

Die Proteste gegen illegalen Holzraub lassen sich, angelehnt an Irina Velicu, als Environmental-justice-Bewegungen, also als Klimagerechtigkeitsbewegung, einstufen. In ihrer Forschung zu Protesten gegen ein umstrittenes Goldabbau-Projekt (Roșia Montană) stellte sie fest, dass vor allem kleine Bottom-up-Bewegungen auf lokaler Ebene den Protesten in den Städten vorausgehen und diese bedingen. Ausgehend von einer Umweltdegradation und einem darauffolgenden Protest auf lokaler Ebene entsteht demnach oftmals ein grosser Protest, der folglich auch mehr politische Kritik beinhaltet. Somit werden nicht mehr nur die Umweltprobleme thematisiert, sondern auch die denen zugrundeliegenden Ungerechtigkeiten, was zu einer gänzlichen Systemkritik führen kann (Kaika/Velicu 2014: 309).

Bei Klimagerechtigkeitsbewegungen geht es also nicht ausschliesslich um Umweltdegradation, sondern viel mehr auch um soziale Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen, da Umweltzerstörungen zumeist erst durch soziale Benachteiligungen auftreten können. So wird in den Demonstrationen und Protestaktionen sehr oft Kritik am kapitalistischen, neoliberalen politischen System geäussert und diese mit der Umweltdegradation – dem illegalen Holzeinschlag – in Verbindung gebracht. Zusätzlich zeigt sich dabei eine weitere Problematik bezüglich der Art der Kommunikation der Machthabenden mit der ländlichen Bevölkerung. Letztere werden oftmals als dumm, naiv und uninformatiert dargestellt und von Seiten der Politik unsichtbar beziehungsweise stumm gemacht. Die Lokalbevölkerung wird dementsprechend nicht einmal missverstanden, sondern einfach gänzlich missachtet. Die Forderung nach einem Gehört- und Verstanden werden, werden auch in den Protesten zum illegalen Holzeinschlag deutlich. Die Betroffenen möchten dabei nicht nur auf die Umweltdegradation hinweisen, sondern auch die demokratiepolitischen Defizite und Marginalisierungen dahinter aufzeigen. In Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Umweltorganisationen kann so ein wichtiger Beitrag zum Schutz der europäischen Wälder in Rumänien geleistet werden.

Katharina Lindtner,
Universität Wien,
Institut für Politikwissenschaften

Literaturverzeichnis:

- Kaika, M.; Velicu, I. (2014): «Undoing environmental justice: Re-imagining equality in the Roșia Montană anti-mining movement». In: *Geoforum* 84 (2017) 305–315
- Vandergeest P./ Peluso N. L. (2015): «Political forests». In: R L Bryant (ed) *The International Handbook of Political Ecology* (pp 162–175). Northampton: Edward Elgar
- Vasile, Monica (2019): «Fiefdom forests: Authoritarianism, labor vulnerability and the limits of resistance in the Carpathian Mountains». In: *Geoforum* 106 (2019) 155–166, <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2019.08.001>
- Velicu, Irina (2020): «Prospective environmental injustice: insights from anti-mining struggles in Romania and Bulgaria». In: *Environmental Politics*, 29:3, 414-434, DOI: 10.1080/09644016.2019.1611178



Arbre déchiré, Foto: Ute Müller

Mahaleo – Charles hat uns verlassen

Liebe Mahaleo - Bekoto und Dama!

Alle vom Europäischen BürgerInnenforum, die Euch kennen, denken in diesen Tagen sehr viel und liebevoll an Euch. Ihr habt wieder einen der Euren verloren.

Charles, der Soziologe, Schlagzeuger und Bauer, ist gerade von uns gegangen, um den anderen Mahaleo-Musikern und Ärzten Raoul, Nono und Dadah² und schliesslich Fafah zu folgen, der sagte, er sei «nur» eine Stimme. Das Leben in Madagaskar ist rau!

Viele Leser_innen dieser Zeilen wissen nicht, dass die Musikgruppe Mahaleo, die beliebteste und bekannteste Band Madagaskars, die Geschichte dieses Landes, aber auch unsere geprägt hat – wie John Lennon, Bob Dylan, Joan Baez, Nina Simone, Ismael Lo, Ali Farka Touré, Bob Marley, Mercedes Sosa ... Seit den 1970er Jahren habt Ihr mehrere hundert Songs komponiert und geschrieben. Ihr wisst besser als ich, dass sich Eure Lieder an vielen Orten der Welt in die Herzen Eurer Freundinnen und Freunde eingebrannt haben, die das seltene Vergnügen und die Chance hatten, Euch zu treffen. Fast alle Eure Lieder sind zu einem lebendigen Erbe der heutigen madagassischen Kultur geworden, das nun schon über Generationen hinweg an die Jüngsten weitergegeben wird. Hunderttausende kennen Eure Lieder auswendig und tragen Eure Texte in ihrer Seele.

Wenn ich Eure Lieder höre, bleibe ich der ewige Optimist trotz dem Pessimismus der Intelligenz und dem an mir nagenden Wahnsinn der Realität. Eure Lieder sind Oden an die Freundschaft, das Leben und die Weisheit. Sie schaffen es, all die Dimensionen der guten Seiten des Menschseins in Klang und Worte zu fassen. (...)



Madagaskar entdeckte Eure Stimmen und Eure ersten Lieder während des Generalstreiks 1972. Wir entdeckten Euch, die sieben Musiker von Mahaleo, im Jahr 1982 auf dem Festival «Printemps de Bourges» in Frankreich. Einige von uns waren sofort so begeistert, dass bald darauf das Musiktheaterstück «Solaluna – Insel der Freundschaft» entstand. Ohne damals Madagassisch zu verstehen, hatten wir dennoch das Gefühl und die Überzeugung, Eure Lieder zu verstehen – sie berührten uns. In Begleitung der Kompositionen von Karumanta, unseren gemeinsamen Freunden aus dem Feuerland in Chile, und den Liedern von Comedia Mundi, der damaligen Musikgruppe von Longo Mai³, wurde die Solaluna-Europatournee im Jahr 1983 wahr. Von Porto in Portugal über das Festival von Avignon bis zu den Wiener Festwochen konnten wir gemeinsam das Phänomen entdecken, wie dieses polyphone Werk eine vielstimmige kommunikative Atmosphäre schaffte. (...)

Diese wenigen Worte um nochmals Danke zu sagen. Und wie Ihr in «Somambisamby» (Nostalgie) singt:

*«Auch wenn der Himmel schwarz ist,
verlier die Hoffnung nicht
Nimm dein Schicksal in die Hand,
es ist ein langer Weg,
Süsse verbirgt sich in der Bitterkeit
Das Leben ist voller Höhen und Tiefen.
Es ist nicht leicht, es zu geniessen.
Doch mit Tränen werden wir
es nicht schaffen. (...)
Sei stark, stell dich denen,
die dich erschrecken
Auch wenn sie deine Wunden
wieder öffnen wollen.» (1982)*

Hannes Lämmler

1. Die letzten lebenden Mitglieder von Mahaleo

2. Alle Musiker von Mahaleo übten, parallel zu ihren Konzerten, immer noch ihren Beruf aus und Einige realisierten soziale, landwirtschaftliche Projekte.

3. Europäische Genossenschaftsbewegung, Mitgründerin des EBF

Hinweis: Filme, Bücher und CDs von MAHALEO finden Sie unter: <https://boutique.laterit.fr/en/>

Ich empfehle insbesondere das faszinierende Buch (auf Französisch) von Fanny Pigeaud: MAHALEO, 40 ans d'histoire(s) de Madagascar (Mahaleo, 40 Jahre Geschichte(n) von Madagascar) von Editions LATERIT.

Die Reise für das Leben

Im letzten August war die Vorhut der zapatistischen Delegation über den Seeweg nach Europa gekommen – eine Gruppe bestehend aus vier Frauen, zwei Männern und einer otroa (eine Sammelbezeichnung der Zapatistas für alle Gender, die «weder Frau noch Mann sind»). Sie machten in Basel bei der Dreirosenbrücke Station und besuchten u.a. das Dorf Undervelier im Kanton Jura – eine kleine Gemeinde mit kollektiven Landwirtschaftsprojekten.

Am 14. und 15. September sind jetzt endlich 177 zapatistische Frauen, Männer und Kinder nach etlichen bürokratischen Schikanen auf mexikanischer und europäischer Seite in Wien gelandet, wo sie begeistert und herzlich empfangen wurden und zwei Wochen lang blieben. Organisiert wurde ihr Empfang von dem Kollektiv Zapalotta (<https://www.facebook.com/Zapalotta/>).

Die Zapatistas besuchten verschiedene Initiativen wie zum Beispiel die Besetzung in der Lobau, deren Ziel es ist, den Bau eines Autobahnzubringers zu verhindern. Es kam auch zu einer Demonstration vor der mexikanischen Botschaft, weil kurz nach der Abreise ihrer Delegation aus Chiapas zwei Vertreter des Rates der Guten Regierung Nr.10 (Caracol Nueva Patria) von der paramilitärischen Gruppe Orcao, der Regionalen Organisation der Kaffeebauern von Ocosingo, entführt und 8 Tage lang festgehalten wurden. Diese Formation arbeitet mit der Regierung von Chiapas zusammen. Erst nach der Intervention von Priestern aus San Cristobal und der Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft im Ausland wurden die beiden wieder freigelassen. Wenige Tage nach der Entführung wurde bekannt, dass ein weiterer Zapatist an einem anderen Ort ermordet worden war. Die Unterstützung ihres Freiheitskampfes wird ein wichtiger Teil der Botschaft der Zapatistas auf ihrer Tournee sein. Wesentlich ist jedoch die langfristige Strategie, das – das Leben zerstörende – kapitalistische System durch ein anderes, kreatives, revolutionäres zu ersetzen.

In Wien haben sie ihre Route geplant und machen sich jetzt in Kleingruppen auf «die Reise für das Leben» in die verschiedenen europäischen Länder. Wir werden in einer der nächsten Nummern darüber berichten.

Constanze Warta

Feministische Petition

Für eine konsequente Anerkennung der besonderen Asylgründe von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen.

Diese Petition*, deren Text wir bereits in der Sommernummer als Entwurf publiziert hatten, wird am kommenden 11. November in mehreren europäischen Städten mit verschiedenen Aktionen sowie Pressekonferenzen gestartet. Wir sind aktiv auf der Suche nach Persönlichkeiten, die bereit sind, die Petition zu unterzeichnen oder/und an Veranstaltungen teilzunehmen. Ab dem 11. November soll die Petition an möglichst vielen Orten zirkulieren und unterschrieben werden. Die Unterschriften sollen 6 Monate später, am 11. Mai 2022, dem Tag der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention von 2011, im Europäischen Parlament abgegeben werden. In der Schweiz sind es vor allem das Netzwerk „Marche mondiale des femmes“ in Genf zusammen mit „Solidarité Tattes“, dem Frauenstreik, „Solidarité sans Frontières“ und andere Organisationen, die sich bisher dafür engagieren. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Veranstaltungsideen für den 11. November haben oder Persönlichkeiten kennen, die als Erstunterzeichner_innen die Petition unterstützen könnten, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf: ch@forumcivique.org.

*<https://toutesauxfrontieresfr.files.wordpress.com/2021/05/petition-feministe-int-de.pdf>